Nummer 58

Erscheint zweimal wöchentlich.

„Südwest"

2. Jahrgang.

Erscheint Dienstags und Freitags.

Unabhängige Zeitung für die Interessen des gesamten Schutzgebietes

Bezugspreis:
Durch die Expedition monatlich 1,50 Mark; durch die Post für das Schutzgebiet, die übrigen Kolonien und für Deutschland, sowie für die sämtlichen Länder des Weltpostvereins vierteljährlich 3.— Mark.
Einzelpreis der Nummer 30 Pfennig.

Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter
Rudolf Kindt, Swakopmund.

Anzeigenpreis:
Die 5-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg.; Geschäfts- und Reklamezeilen nach besonderer Berechnung. — Anzeigen werden durch sämtliche Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes, sowie direkt durch A. Schulze, Swakopmund, entgegengenommen.

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

Swakopmund, Freitag, den 21. Juli 1911.

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet

Ostküstenfieber

Grenzabsperrung, Viehversicherung.

III.

Die Zwangsviehversicherung wurde an dieser Stelle bereits einmal in einem Leitartikel (der No. 28) behandelt. Der zweite der sechs verschiedenen Punkte, in denen am Schluß des Artikels das Ergebnis der Betrachtungen niedergelegt wurde, besagte, die Versicherung müsse zunächst auf Rinder, Wollschafe und Angoraziegen beschränkt bleiben. Eine Zwangsversicherung für Pferde, Strauße, Karakuls, Fettschwanzschafe und Ziegen wurde abgelehnt.

Es hat fast den Anschein, als ob hier und dort Farmer Gegner der Zwangsversicherung sind, weil die Vorschläge der Regierung, wie sie den Farmervereinen unterbreitet worden sind, von vornherein mit der zu weitgehenden Ausdehnung der Viehversicherung auf andere Tierarten als Rinder hinzielten. Ehe man aber das Kind mit dem Bade ausschüttet, soll man lieber versuchen, was an den ersten Vorschlägen nicht zusagend ist, herauszubringen. Das Gouvernement beabsichtigt sicherlich durchaus nicht mit den ersten zu Papier gebrachten Gedanken nun auch sofort alle Grundzüge der Versicherung unumstößlich fest zu legen, es wollte nur ganz allgemein die Angelegenheit den Farmern unterbreiten und deren Ansicht hören. Erst aus den verschiedenen so zu erwartenden Abänderungsvorschlägen würde sich erkennen lassen, welche Gedanken im ganzen Schutzgebiet Geltung haben. Einigendes muß hineingenommen und Trennendes ausgeschieden werden. Ganz gewiß ist man seitens der Regierung gewillt, den geäußerten Wünschen soweit als irgend möglig entgegen zu kommen und Konzessionen zu machen, daran ist nicht zu zweifeln. Wollte er dies nicht, so hätte der Herr Gouverneur ja einfach, ohne die Vereine zu befragen, dem Landesrat einen fertigen Entwurf unterbreiten können. Gerade weil die Antwort der Vereine, die ja der Bund sammeln sollte, noch nicht vorlag, sah er aber davon ab. Im Landesrat wurde von verschiedenen Seiten bedauert, daß die Regierung noch keine positiven Vorschläge zur Beratung gestellt habe und der Herr Gouverneur betonte in seiner Antwort, er würde bereits jetzt mit einer Vorlage gekommen sein, wenn eben der Farmerbund auf seine Anfragen geantwortet hätte. Wie die Dinge heute liegen, ist eine Antwort vom Bunde als solchem nicht zu erwarten, sie würde so oder so nicht die Ansicht aller Vereine wiedergeben können. Es ist deshalb aber unbedingt notwendig, daß sich jene Vereine, die für die Zwangsviehversicherung einzutreten gewillt sind, möglichst bald in Eingaben an das Gouvernement direkt wenden, um zu zeigen, daß in Farmerkreisen sehr wohl Verständnis für die so außerordentlich wichtige Frage vorhanden ist, daß man nicht mit einem bequemen Ablehen die zur Hilfe gebotene Hand der Regierung zurückweisen will, nur weil für diese Versicherung gegen den Ruin nun auch Beiträge gezahlt werden müssen. Soweit müssen die Farmbetriebe im Lande doch wohl sein, daß sie die kleine Ausgabe der Prämien tragen können. Wer viel Vieh auf seiner Farm stehen hat, der ist auch wohl imstande, für das Haupt Rindvieh 1 Mk. oder etwas mehr im Jahre an Versicherungsprämie zu zahlen, also bis zur Verkaufsreife der Ochsen 4 bis 5 Mk.! Wenn er dafür die Beruhigung eintauscht, daß er gegen den völligen Ruin durch Seuchen und etwa auch noch Trockenheitsverluste geschützt ist, bezahlt er wahrlich nicht zu viel.

Die Besitzer großer Herden von Fettschwanzschafen und Ziegen werden ja selbst wissen, ob diese Zuchten nennenswert Gefahr laufen, durch Seuchen empfindlich geschädigt zu werden. Es wird das kaum der Fall sein und deshalb erübrigt sich vermutlich die Ausdehnung der Versicherung auf diese Tierarten. Aber auch hinsichtlich der Frage einer Aufnahme der Wollschaf- und Angorazucht in den Rahmen der Zwangsversicherung, kann man geteilter Meinung sein. Obwohl an dieser Stelle dafür gesprochen worden ist, wird es doch nicht angängig sein, an einem möglichen Widerstand gegen diesen Zweig der Versicherung das Ganze scheitern zu lassen. Vielleicht läßt sich dergestalt eine Trennung durchführen, daß für die im ganzen Lande gleicherweise betriebene Rinderzucht die Zwangsversicherung durchgeführt wird, während eine freiwillige Kleinviehversicherung (Wollschafe, Angoras und Fettschwanzschafe, oder auch nur die letzteren), daneben herläuft.

Die Versicherung der Rinder ist deshalb am dringendsten zu wünschen, weil diesem Teil unserer Viehzucht gerade durch Ostküstenfieber, Texasfieber, Rinderpest und Lungenseuche die schwersten Gefahren drohen, darüber ist doch ein Zweifel nicht mehr möglich. Und, das muß einmal gerade heraus gesagt werden, der Vorschlag der Regierung aus öffentlichen Mitteln die große Summe von mindestens 2 Millionen Mark zu Versicherungszwecken beizusteuern, weißt deutlich darauf hin, wie ernst die Lage ist! Das Gouvernement will damit für den Fall eines schweren Seuchenausbruches direkt vorbeugen! Wird die Versicherung eingerichtet, so ist der Staat eben verpflichtet, mindestens die genannte Summe beizusteuern, lehnt aber der südwestafrikanische Farmer auch den im Verhältnis zur Leistung des Staates einstweilen doch nur kleinen Beitrag zu leisten und damit die ganze Versicherung ab, so wird der Reichstag kaum jemals seine Zustimmung zu einer Entschädigung geben, wenn über kurz oder lang das Ostküstenfieber uns heimsuchen sollte! Darüber soll man sich klar sein!

Je eher die Vereine Stellung nehmen, um so besser. Das Gouvernement — es verdient, was hier betont werden soll, den größten Dank für seine Bereitwilligkeit, zum Aufbau der Versicherung beizusteuern — wird sicherlich so rasch als möglich die Angelegenheit bearbeiten, das ist nach den Aeußerungen des Herrn Gouverneur im Landesrat nicht zweifelhaft. Stimmt das Land grundsätzlich zu, so wird der Landesrat bald mit der Versicherung beschäftigt werden! Es erscheint sogar nicht unmöglich, daß der Landesrat noch zu einer außerordentlichen Tagung einberufen würde, wenn das Verlangen der Farmer nach der Versicherung sich deutlich genug erkennbar macht. Einzelheiten in den Vorschlägen, die dem Gouvernement zugehen sollen, zu erörtern, wäre unnötig, da diese im Landesrat, bei dem die Farmer stark genug vertreten sind und dessen Mitglieder sie mit den nötigen Unterlagen versehen können, eingehend durchberaten werden müßten.

Die Stuttgarter Überraschung.

Von Dr. Paul Rohrbach.

Auf der diesjährigen Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft in Stuttgart, stand ein Antrag zur Verhandlung, der sich mit der Besiedelungsfrage in Ostafrika beschäftigte. Bekanntlich hat sich der frühere Staatssekretär Dernburg ihr gegenüber sehr kühl verhalten, und von dem Gouverneur, Freiherrn von Rechenberg, ist erst recht bekannt, daß er der Besiedelung nur ein negatives Interesse entgegenbringt. Die Antragsteller beabsichtigten, die Kolonialgesellschaft endlich zu einer ausgesprochenen Kritik dieser sonderbaren Praxis zu veranlassen. Der Antrag war in der Form reichlich gemäßigt; trotzdem fanden sich die üblichen Vorsichtskommissare, die noch mildern und abschwächen wollten. Da erhob sich der Präsident der Gesellschaft, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, und erklärte rund heraus, der Antrag richte sich gegen die ostafrikanische Verwaltung, die eine Verwaltung nicht für, sondern gegen die Besiedlung sei. Das war deutlich und befreiend. Mächtiger Beifall lohnte den Präsidenten. Ein solches Wort von solcher Stelle war in der Kolonialgesellschaft noch nie gesprochen worden. Man darf annehmen, daß dem Herzog die an einer anderen maßgebenden Stelle bestehenden Wünsche bezüglich der Entschlüsse des Barons von Rechenberg nicht unbekannt waren. Trotzdem ist es eine Freude, daß hier einmal die Praxis des Diplomatisierens verlassen und das Kind beim richtigen Namen genannt worden ist, denn die sogenannte Besiedelungspolitik in Ostafrika wird nachgerade zum Gespött.

Dernburg hat bekanntlich nach der Rückkehr von seiner ostafrikanischen Studienreise den Versuch gemacht, vom Reichsgesundheitsamt ein Votum über die Gesundheitsschädlichkeit nicht nur der tropischen, sondern auch der Hochlandsgebiete von Deutsch-Ostafrika zu erlangen. Die Sachverständigen des Gesundheitsamts waren dazu nicht in der Lage, denn jedermann weiß, daß die bisherigen Erfahrungen in den höheren Lagen von Ostafrika keine ungünstigen sind. Natürlich wird niemand behaupten, daß am Meru und Kilimandscharo, in Uhehe oder Kondoa-Irangi, die gesundheitlichen Verhältnisse dieselben sind, wie in Deutschland. Darum handelt es sich aber gar nicht. Auch Britisch- und Deutsch-Südafrika haben ein durchaus anderes Klima, als die europäische Heimat der dortigen Ansiedler. Die Frage ist nur die, ob bei vernünftiger Lebensweise eine Akklimatisation erwartet werden kann oder nicht. Gegenden, wie die Havelniederung bei Potsdam und der Oderbruch haben jahrhundertelang, bis in die Gegenwart hinein, endemische Malaria gehabt, und in Wilhelmshaven existiert sie noch heute, sodaß man im vorigen Jahre eine in Ostafrika ausgebildete sogenannte Malariaschwester zur prophylaktischen Bekämpfung des Uebels dorthin geschickt hat. Der Gouverneur von Ostafrika schickt aber Schutztruppenärzte nach Moschi und Aruscha, wohin die Kilimandscharobahn in Kürze gelangen soll, damit sie Untersuchungen anstellen und darüber berichten sollen, ob dort Malaria vorkommt. Selbstverständlich gibt es welche. In Windhuk gibt es auch Malaria; soll darum vielleicht die Besiedelung von Südwestafrika rückgängig gemacht werden? Man merkt die Absicht und man wird verstimmt, denn die ärztlichen Berichte sollen natürlich dazu verwendet werden, um Stimmung gegen den Weiterbau der Kilimandscharobahn zu machen. Da war es wirklich höchste Zeit, daß ein krüftiges Wort gesagt wurde. Ist es aber nicht ein Elend, daß so etwas, 28 Jahre nachdem Deutschland seine Flagge über ostafrikanische Gebiete hat hissen lassen, amtlich immer noch Kolonialpolitik heißen darf? Wirklich, es wird Zeit, daß der neue Staatssekretär etwas Luft schafft. In Daressalam scheint sich ja auch noch in anderer Beziehung unter dem Regime Rechenberg eine sehr üble Atmosphäre entwickelt zu haben.

Ein weiterer Antrag von Interesse bezog sich auf die Schaffung von Naturschutzparks in Deutsch-Ostafrika, Südwestafrika und Kamerun. Es wurde ausgeführt, daß bei dem raschen Vordringen der Kultur und der Besiedeulng ganze Tiergattungen und Pflanzenfamilien dem Aussterben geweiht seien. Das einzige Mittel dagegen seien Reservate, in denen Schuß und Axthieb untersagt sind. Hierzu nahm unter anderen Rednern auch Professor Schillings, der bekannte Verfasser von „Blitzlicht und Büchse", das Wort. Wenn er Wildschonung und Naturschutz im ganzen für eine große, ideale Sache erklärt, so ist nichts dagegen einzuwenden. Eine scharf zurückweisende Ungehörigkeit ist es aber, wenn Schillings Ausdrücke braucht, wie die, man dürfe die Tierwelt unserer Kolonien nicht „einer Horde indisziplinierter Ansiedler ausliefern." Herr Schillings hat ein sehr schönes und interessantes Buch geschrieben. Ueber seine eigenen Jagdmethoden und über sein praktisches Verhalten gegenüber der ostafrikanischen Tierwelt, die er in diesem Werke schildert, sind nicht nur „undisziplinierte Ansiedler", sondern jagdliche Sachverständige ersten Ranges in Ostafrika recht geteilter Meinung. Wie kommt er da dazu, den Kolonisten in Ostafrika in Bausch und Bogen solche Redensarten an den Kopf zu werfen? Er sagte freilich auch: „Der Gouverneur von Rechenberg tut nichts zum Schutze der Tierwelt. Das muß ausgesprochen werden, so sehr ich auch sonst seine Ansiedlungspolitik schätze." (Lebhaftes Oho!) Für Professor Schillings scheint es also wichtiger zu sein, daß das Großwild in Ostafrika erhalten bleibt, als daß die Kolonie besiedelt wird. Weiter behauptete er, während der beiden afrikanischen Aufstände (er meinte wohl den Krieg in Südwestafrika 1903 bis 1906 und den ostafrikanischen Aufstand 1905) seien „200 000 Eingeborene niedergeschossen worden." Solche maßlosen Uebertreibungen richten sich von selbst. Auf derselben Höhe der Sachkunde steht endlich die letzte Behauptung, die Schillings in Stuttgart vortrug: es sei in keiner Weise erwiesen, daß die Rinderpest vom Großwild auf das Vieh übertragen wird. Das wird den südwestafrikanischen Farmern, namentlich solchen, die die Rinderpest von 1897 erlebt haben, interessant und belehrend sein.

Aus dem Schutzgebiet.

Grillental.

Wie Einschreibebriefe, Lüderitzbucht, den 14. Juli datiert, die erst am 19. Juli hier in Swakopmund eintrafen, den Anteilseignern mitteilten, sollte am 17. Juli